

**Artikel**, Erlangen 07.09.2005  
© Dr. Sabine Schiffer

### **Die Türkei als Wahlkampfthema und die EU**

In Deutschland ist Wahl – vorgezogen auf den 18. September. Und trotz aller Bekundungen guten Willens, wird die Türkei zum Wahlkampfthema. Denn der Wahlkampf läuft wohl nicht so, wie man es wünscht und da greift man zur Emotionalisierung. Entsprechend dem Kalkül von CDU und CSU springen nun auch die Medien auf das Thema auf und liefern „Hintergrundinformationen“ aus der EU, die besagen, dass es insgesamt viel Skepsis in Bezug auf eine Aufnahme der Türkei in die EU gäbe. Schade, dass man wieder in die Propagandafalle getappt ist und zum passenden Zeitpunkt opportun die Themen aufbereitet, die sich manche wünschen.

Der EU-Beitritt der Türkei ist ja schon länger Thema und kann somit als emotionalisierender Wählermobilisierer mit Propagandacharakter eingesetzt werden. Unheil liegt in der Luft, denn auch wenn kurzichtiges Strategiedenken die Wahlkampfarena beherrscht, so steht doch weit mehr auf dem Spiel als der tatsächliche oder in Aussicht gestellte EU-Beitritt. Nachhaltig überdauert ja immer die durch Thematisierung ausgemachte Problematik einer Sache einen Wahlkampf. Und dies richtet langfristig Schaden an. Beide politischen Lager in Deutschland tendieren dazu, die Türkei zu instrumentalisieren und dabei ist das Thema Islam der gemeinsame Nenner. Während also die Rechts/Mitte-Parteien neben wirtschaftlichen Sorgen-Faktoren vor allem den kulturellen Unterschied betonen, will die Links/Mitte-Noch-Regierung die Türkei gerade aus Gründen der Integration des Islams in Europa aufnehmen. Sozusagen als Brückenstaat in die sog. islamische Welt. Die Betonung liegt dabei auf der Möglichkeit, einen „nichtfundamentalistischen Islam“ mit den Werten der europäischen Aufklärung zu verbinden, was allerdings ganz nebenbei impliziert, dass hier eben keine Verbindung bestünde. Wenn auch gut gemeint, so kann sich gerade letzteres als unheilvolle Instrumentalisierung entpuppen, die die ganze Sache ins Gegenteil umschlagen lassen kann. Denn, wenn die Religion zur Entscheidungskomponente in dieser Debatte stilisiert wird, dann deutet das darauf hin, dass gerade sie als primär trennender Faktor wahrgenommen wird.

Kanzler Schröder wirbt damit, dass die Türkei zum islamischen Vermittler zwischen arabischer und europäischer Welt werden könnte. Wenn allerdings von „geostrategischer Bedeutung“ der Türkei gesprochen wird, dann handelt es sich um eine Bollwerksfunktion und eine Instrumentalisierung in sicherheitspolitischem Kalkül. Wie fühlt man sich als Türke, wenn einem diese Aufgabe übergeben wird? Oder wie als Araber, wenn man sich an alte osmanische Zeiten erinnert? Verkennt man hier die Situation in der Region? Kann nicht gerade die erwünschte Vermittlerrolle in die sog. islamische Welt hinein es werden, die zur Ablehnung des EU-Beitritts führen wird? Denn – seien wir mal ehrlich – wer will in Europa wirklich etwas mit Islam und

Muslimen zu tun haben? Werden doch nach wie vor Ereignisse wie die Terroranschläge in London und Scharm-el-Scheikh als „islamische Tat“ missverstanden. Die unterschiedlich ausfallenden Reaktionen auf Terroranschläge in der islamischen Welt und außerhalb sind bezeichnend und geben einen Hinweis auf die Grenzen, die unbewusst gelten. Vergleichen wir die Reaktionen auf die Attentate in Istanbul und New York, dann werden die Gräben deutlich, die tatsächlich an der falschen Stelle gezogen werden.

Als am 11. September 2001 die schrecklichen Attentate über die USA hereinbrachen, gab es in Deutschland und Europa eine Welle von Mitgefühl und Solidaritätsbekundungen. Mitgefühl gab es auch in Bezug auf die Türkei, als 2003 die Anschläge in Istanbul Verwüstungen und Schrecken verbreiteten. Die Solidaritätsbekundungen blieben jedoch nicht nur vielfach aus, es wurden sogar explizite Unsolidaritätsbekundungen ausgesprochen. So hat man laut vor einer Gefahr des islamistischen Terrorimports gewarnt – anstatt die Mehrheit der Menschen in der Türkei als Gleichgesinnte zu betrachten, wurden sie also als potenziell anfällig eingestuft. Unvorstellbar hingegen, die USA etwa zum Verlassen der Nato aufzufordern, weil sie durch die Attentate des 11. Septembers dem Terrorismus das Tor in das Bündnis öffnen würde. Obwohl diese Überlegung nicht ihrer Logik entbehrt – bedenken wir die Entwicklungen seither – ist auf diese Idee schlichtweg niemand gekommen. Nicht die tatsächlichen Ereignisse bilden also die Grundlage unserer Urteile, sondern unsere schon lange tradierten Bewertungsmaßstäbe – und die sind seit dem 2. Weltkrieg westorientiert.

Nun ist ja nicht erst der Türkei-Beitritt ein umstrittener. Skepsis empfindet man in der alten EU auch in Bezug auf die neuen EU-Mitglieder im Osten. Und gerade hierin liegt ein Hinweis für die weitere Entwicklung mit Blick auf einen Beitritt der Türkei. Denn hier ist eine weitere Instrumentalisierung zu befürchten, deren Ausmaß wir noch gar nicht abschätzen können. Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa stagniert und dafür werden wir bald einen Sündenbock suchen. Die EU-Osterweiterung gibt uns einen ersten Vorgeschmack. Im Westen ist man enttäuscht, weil Arbeitsplätze gen Osten abwandern, Subventionen eingefroren werden usw. Auf dem bisherigen West-Niveau ist eine EU nicht finanzierbar. Kaufkraft und Lebensstandard sinken bereits und daraus ergeben sich Ängste und Unzufriedenheit, obwohl es einem immer noch gut geht. Derlei Einschätzungen sind vor allem subjektiv. Im Osten werden die Erwartungen auch enttäuscht. Wer sich aus Bildern der Medien eine Vorstellung davon gemacht hat, dass es irgendwann in Warschau ebenso aussehen wird wie in Paris, ist nun eines Besseren belehrt worden. Dafür reicht es schlichtweg nicht. Die Lebensstandards werden sich angleichen – aber auf einem wesentlich niedrigeren Niveau als das, was man (noch) vor Augen hat. Da die Entscheidungsträger es vermieden haben, dies den Menschen mitzuteilen, sucht man nun an der falschen Stelle nach Schuldigen. Die Frustrationen werden nicht selten in Schimpftiraden auf den jeweils anderen abgelassen. Der Westen schimpft auf den Osten und umgekehrt. In einer solchen Situation werden entweder alte Nationalismen wieder forciert - also genau das Gegenteil des europäischen Gedankens -, oder aber man findet einen anderen Schuldigen, einen etwas außerhalb stehenden Verantwortlichen, der es indirekt ermöglicht, dass die europäische Einigung ideologisch weiter vorangetrieben werden kann. Also die Türkei oder gar die Muslime als Projektionsfläche für die Veränderungen und Unsicherheiten, die sich durch EU-Osterweiterung und Globalisierung ergeben? Es steht nicht gut um uns. Dummerweise geschieht all dies weitestgehend auf der Ebene des Unterbewusstseins. Macht sich die steuernde Politik dies nicht bewusst,

sondern nutzt gar solche Stimmungen wahlkampfaktisch ohne über die langfristigen Konsequenzen nachzudenken, dann entzieht sich diese Entwicklung der Kontrolle.

Als Sündenbock böte sich die Türkei geradezu an – als Riesenreich mit jetzt schon oft thematisiertem wirtschaftlichen Schluckeffekt, aber vor allem als „so anders“ durch die Kultur und den Islam. Irrationale Ängste lassen sich zu letztgenanntem Thema leicht schüren, ist es doch schon seit langem in den Köpfen etabliert. Man weiß wenig bis gar nichts über den Islam, die Türkei, die anderen sog. islamischen Länder, die Unterschiede zwischen den Regionen usw. Und Nichtwissen schürt noch mehr Ängste. Zudem hat man bestimmte Bilder vor Augen, die sich aus Medien und Migrantenmilieus speisen. Vermutungen und diffuse Vorstellungen beherrschen die Szenarien, die entworfen werden. Hinein in das Szenario passen zudem Publikationen wie die einer Necla Kelek, die behauptet, dass die ausgemachte Rückständigkeit eines Großteils der türkischen Minderheit in Deutschland und Europa in Sachen Integration nur mit der islamischen Tradition der Menschen zu erklären sei. Wasser auf die Mühlen der Skeptiker und zudem so „authentisch“, denn „sie als Insider muss es ja schließlich wissen“. Wenn die Türkei die Verantwortung für unser Verhältnis zur sog. islamischen Welt übernehmen soll, dann muss sie dies wissen. Sie muss sich entsprechend dafür rüsten. Eine leichte Aufgabe ist das nicht und die Frage, ob sie das überhaupt möchte, muss erst noch beantwortet werden. Für eine zukünftige Rolle in der EU würde das eine ständige Anderswahrnehmung bedeuten. Eine anstrengende Rolle - unter misstrauischen Blicken.